



Koalition stört den Betriebsfrieden

Ärztekammer warnt vor Abschaffung der Selbstbestimmung für Krankenhausärzte

„Die Pläne der großen Koalition, Einheitstarifverträge erneut einzuführen und damit den Ärzten in Krankenhäusern ihr Recht auf eigene Tarifverträge wieder zu nehmen, wird zu schweren Störungen des Betriebsfriedens in Hamburger Krankenhäusern führen“, sagt Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg und der Bundesärztekammer.

Die Ärzte haben sich erst vor wenigen Jahren in einem langwierigen Prozess von der Vormundschaft durch Großgewerkschaften befreit. Das hat zu einer deutlichen Verbesserung der Attraktivität der Arbeit an Krankenhäusern und zu besseren Arbeitsbedingungen geführt. Die Ärzte werden diese Einschränkungen ihres tariflichen Selbstbestimmungsrechts nicht kampflos hinnehmen. Deswegen hat die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg den folgenden Beschluss einstimmig gefasst:

„Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg fordert von den Koalitionsparteien der neuen Bundesregierung, das Grundrecht der Koalitionsfreiheit zu respektieren. Wer Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern daran hindert, selbst zu entscheiden, wer für sie die Bedingungen ihrer Arbeit verhandelt, fügt der Attraktivität des ärztlichen Berufs weiteren schweren Schaden zu und bewirkt eine Verschärfung der Nachwuchsprobleme in der ärztlichen Patientenversorgung.

Der neu gewählte Bundestag muss jeglicher Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte durch gesetzgeberische Eingriffe widerstehen, die sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben des Grundgesetzes widersprechen.“

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf – 3. Dezember 2013